Deutscher Bundestag **Drucksache 16/1875**

16. Wahlperiode 20. 06. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/750, 16/1324, 16/1325, 16/1326, 16/1348 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung folgt dem Prinzip der Umverteilung von unten nach oben. Fehlende Einnahmen werden bei den Leistungen für sozial Benachteiligte eingespart. Notwendig ist jedoch eine stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens.
- Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung fehlt ein Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Stattdessen werden Instrumente fortgeschrieben, die sich bereits seit vielen Jahren als untauglich erwiesen haben. Die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung wird die Konjunktur abbremsen, zu Insolvenzen und mehr Arbeitslosen führen.
- Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung fehlen Ansätze, die dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegenwirken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein „Zukunftsinvestitionsprogramm Jugend und Innovation“ aufzulegen,
- Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden,
- die Rüstungsausgaben im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung zu senken.

Zukunftsinvestitionsprogramm Jugend und Innovation

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Programm im Umfang von rund 6 Mrd. Euro jährlich aufzulegen, das sich zusätzlich zu den von der Bundesregierung in ihrem Haushaltsentwurf geplanten 3 Mrd. Euro zusammensetzt aus:

1,5 Mrd. Euro	für eine kommunale Investitionspauschale,
1,2 Mrd. Euro	für die Einführung einer elternbeitragsfreien Kindertagesstättenbetreuung,
116 Mio. Euro	für die Verdoppelung des CO_2-Gebäudesanierungsprogramms,
67 Mio. Euro	für die Aufstockung der Förderung der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern,
60 Mio. Euro	für Weiterbildung und lebenslanges Lernen,
30 Mio. Euro	für Zukunft Bildung,
5 Mio. Euro	für die Verkürzung der Dauer der Patentbearbeitung,
3 Mio. Euro	für die Aufstockung der Förderung des Breitensports („Goldener Plan Ost“),
2,5 Mio. Euro	für die Aufstockung der Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte von kleinen und mittleren Unternehmen,
1,5 Mio. Euro	für die Filmförderung.

Hartz IV überwinden

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsinvestitionsprogramm „Jugend und Innovation“ sind erforderlich:

1,8 Mrd. Euro	zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch ab 1. Juli 2006 auf 420 Euro pro Monat,
250 Mio. Euro	für Modellprojekte eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors,
22 Mio. Euro	für den Ausbau der Sozialberatung zur Unterstützung bei der Bewältigung der Probleme durch Langzeitarbeitslosigkeit und zur Stärkung des Selbsthilfepotenzials.

Rüstungsausgaben senken

2,0 Mrd. Euro	einsparen durch die Beendigung von Auslandseinsätzen und den Verzicht auf Offensivmittel wie Eurofighter, Tornado und Airbus Transporter A 400 M,
0,6 Mrd. Euro	von den eingesparten 2,0 Mrd. Euro investieren in Konversionsmaßnahmen, zusätzliche Mittel für den Zivilen Friedensdienst, die zivile Konfliktprävention und für die Minenräumung.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, in 2006

2,1 Mrd. Euro	ausstehende Vertragsstrafen aus dem Lkw-Mautvertrag einzutreiben,
1,0 Mrd. Euro	durch eine entschiedenere Bekämpfung von Ursachen der Vergeudung von Steuermitteln zusätzlich zu erschließen (Beispiele: keine überhöhten Honorare für Berater; kein

	Neubau des Bundesministeriums des Innern; keine Vollförderung der Forschung in der Industrie, wenn Selbstverwertung durch die Industrie erfolgt),
0,5 Mrd. Euro	Steuerausfälle durch den Ausbau der Steuerfahndung insbesondere bei Großunternehmen zu vermeiden.

Durch die Einführung der Besteuerung von Flugbenzin nimmt der Bund noch in 2006 150 Mio. Euro zusätzlich ein.

Berlin, den 19. Juni 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333